Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.
Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 610. Abendblatt. Mittwoch, den 30. Dezember 1868.

Deutschland.

□ **Berlin,** 29. Dezember. Was die Konferenz betrifft, so ist die Beschickung derselben von Seiten aller dabei Betheiligten gesichert. Von einer bestimmten Grundlage für die Berathungen der Konferenz ist noch nichts bekannt. Preußen wird auf derselben jedenfalls durch den Grafen Solms, der die Geschäfte der preußischen Botschaft in Paris jetzt versieht, vertreten werden. — Die beiden russischen Oppositionsorgane „Golos“ und die „Moskauer Ztg.“ setzen ihre gehässigen Angriffe gegen Preußen fort und arbeiten dabei auch fortwährend auf eine französisch-russische Allianz hin. Sie sind darin um so eifriger, seitdem der türkisch-griechische Konflikt ausgebrochen ist. — Die vom Erzherzog Albrecht verfaßte Schrift über die österreichische Armee erregt hier fortdauernd große Aufmerksamkeit. Sie spricht nicht nur die Ansicht aus, daß Oesterreich noch eine Reihe von Jahren nöthig haben würde, ehe es eine Armee ins Feld führen könnte, die seiner Stellung als Macht ersten Ranges entspräche, sondern stellt auch die Behauptung auf, daß die österreichische Diplomatie den Kaiserstaat in eine Sackgasse verrannt, durch allerlei abenteuerliche Umwandlungen, bei denen sie keine Rücksicht darauf genommen hätte, ob die österreichische Armee auch in der Lage wäre, diese Pläne zu unterstützen. — Zur Charakteristik der Opposition, die jetzt der Regierung in Baden von Seiten eines Theiles der dortigen liberalen Partei auf Grund der Versammlung und Beschlüsse in Offenburg gemacht wird, ist daran zu erinnern, daß die Führer dieser Opposition bei der Neubildung des Ministeriums durch Joly bedacht zu werden hofften und daß sie nach der Ernennung Obkirchers zum Präsidenten des Justizministeriums sofort ihren Feldzug gegen die Regierung eröffneten. Diese Einsicht in die eigentlichen Motive der Offenburger Opposition dürfte auf die Haltung der Kammermitglieder jedenfalls nicht ohne Einfluß bleiben. — Die Ratifikation des deutsch-italienischen Postvertrages wird, soviel heute bestimmt ist, morgen erfolgen. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind mit ihren Kindern gestern Abend von Osborne glücklich in Calais angekommen, nach einer stürmischen Ueberfahrt über den Kanal. Dieselben werden einen kurzen Besuch an den Höfen von Brüssel und Darmstadt machen und dann am 31. hierher zurückkehren. — Der Minister Graf Eulenburg befindet sich in fortschreitender Besserung und wird in kurzer Zeit wieder hergestellt sein. Die in mehreren Zeitungen ausgesprochene Vermuthung, daß der Minister durch seine Krankheit wahrscheinlich abgehalten werden würde, der Schlußberathung des Staatshaushalts im Abgeordnetenhause beizuwohnen, ist daher voreilig, vielmehr ist anzunehmen, daß er sich an derselben betheiligen wird. — Die Generalin v. **Moltke** hat sich die Krankheit, die ihren Tod zur Folge hatte, nicht, wie einige Zeitungen melden, bei einem Spazierritt, sondern bei den vielfachen Christbescheerungen zugezogen, die sie für Unbemittelte selbst angeordnet und geleitet hatte. — Dem Landtage wird nächstens auch der mit den kurhessischen Kommunalständen berathene Gesetzentwurf wegen Erweiterung der Verwendungszwecke der Einnahmen aus dem ehemaligen kurhessischen Staatsschatze zugehen. — Die Einberufung der von den schleswig-holsteinschen Provinzialständen erwählten Kommission, die mit der Regierung wegen Ausscheidung gewisser Staatsmittel aus dem Etat zum Zwecke der Selbstverwaltung in Verhandlung treten soll, wird nächstens einberufen werden. — Von 23 hiesigen bedeutenden Exportgeschäften ist ein Gesuch an das Kollegium der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft gerichtet worden, in welchem gebeten wird, die Errichtung eines Konsulats in britisch Kolumbia seitens des norddeutschen Bundes beim Bundeskanzleramte zu befürworten. — Das Verfahren des Herrn **Lasker** in seiner Angelegenheit mit dem Landrath Staudy hat hier in vielen Kreisen eine strenge Verurtheilung erfahren. Bekanntlich hat sich Herr Lasker bei Gelegenheit einer Wahlprüfung im Abgeordnetenhause in einer wenig gezlemenden Sprache gegen den Landrath Staudy ausgesprochen und hat dann der Landrath Staudy über diese Auslassungen Erklärungen verlangt, Herr Lasker aber weder zufriedenstellende Erklärungen gegeben, noch sich bereit erklärt, für seine beleidigenden Ausdrücke persönlich einzustehen. Wer indessen den Muth hat, Beleidigungen auszusprechen, muß auch den Muth haben, dieselben, wenns verlangt wird, entweder zurückzunehmen, oder persönlich dafür einzutreten. Das wird in der guten Gesellschaft immer Sitte bleiben, auch wenn von liberaler Seite, um die Haut heil zu erhalten, der Grundsatz, „nur nicht schießen“, aufgestellt wird. Das Verfahren des Herrn Lasker kann übrigens die Gegner des Guerardschen Antrages nur vermehren, denn es könnte bei unbedingter Redefreiheit und bei solchem Verfahren zuletzt wirklich leicht zum Faustrecht kommen, wie im Herrenhaus in Aussicht gestellt worden ist.

Berlin, 30. Dezember. Se. Majestät der König nahm gestern Vormittags die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Wurmb, des Chefs des Militär-Kabinets v. Tresckow, des Hausministers von Schleinitz entgegen, ertheilte dem Schloßhauptmann von Dachroeden Audienz und hatte nach einer Ausfahrt eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär v. Thile.

— Die Königl. Familie wird im nächsten Jahre einen mehrwöchigen Aufenthalt in Wiesbaden nehmen.

— Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen ist gestern Abends von Düsseldorf hier eingetroffen und im Schlosse abgestiegen.

— Der Eintritt des Prinzen Wilhelm (Thronfolgers) von Würtemberg in das 1. Garde-Regiment hat in hiesigen Hofkreisen einen besonders günstigen Eindruck gemacht, jedoch in so fern weniger überrascht, als man darin nur einen Beweis von Entgegenkommen erblickt, wie man es hier stets gegen Würtemberg an den Tag gelegt hat. Der Prinz Wilhelm wird zwei Jahre hindurch bei dem 1. Garde-Regimente verbleiben. Sein Oheim, der Prinz August von Würtemberg, ist bekanntlich Kommandeur des Gardekorps.

— In Bezug auf den Tod des portugiesischen Gesandten Paiva wird von der „Kr.-Ztg.“ berichtet, daß derselbe ein freiwilliger war und durch Erhängen erfolgte. Die Motive betreffend, so sollen, nach der „Börsen-Ztg.“, unglückliche Börsenspekulationen zum Grunde liegen. Der „Publ.“ will dagegen wissen, daß eine „tiefe Gemüthsverstimmung“ die Veranlassung gewesen sei. Das Blatt erzählt in dieser Beziehung: Herr Paiva hatte zwanzig Jahre hindurch den Gesandtschaftsposten in Paris inne; seine Versetzung nach Berlin erfolgte gegen seinen Wunsch. Dort hatte er sich vollständig akklimatisirt, während es hier, in ganz neuen Verhältnissen und in einer ganz neuen Gesellschaft sich um so einsamer fühlte, als er der deutschen Sprache nicht mächtig war, auch seine Gemahlin ihn zur Zeit noch nicht hierher begleitet hat. Im diplomatischen Kasino, das er besuchte, nahm man unverkennbar eine ernste Schwermuth an ihm wahr, die denn auch wahrscheinlich die Ursache seines Todes geworden ist. — Eine Berliner Korrespondenz der „K. Ztg.“ schreibt, Obiges bestätigend: Graf Paiva hatte seine Versetzung von Paris nach Berlin, die aus parlamentarischen Rücksichten, wie es heißt, angeordnet war, schwer empfunden. Hier lebte er sehr zurückgezogen und sah außer dem russischen Gesandten und dem französischen Botschafter fast Niemanden. Mitglied der ersten Kammer in Lissabon, hatte er zum 20. Dezember einen Urlaub erbeten, der ihm verweigert wurde. Seine Melancholie hatte sich dadurch noch gesteigert, und auch das soll zu dem tragischen Ende des Grafen beigetragen haben.

— Die Unterrichts-Kommission des Abgeordnetenhauses hat so eben ihren ersten Petitionsbericht drucken lassen, in welchem es sich um das Begehren erweiterter Berechtigungen für die Realschulen erster Ordnung handelt. Es wird in den Petitionen mehrerer Magistrate und Realschul-Kuratorien Klage geführt, daß die Zahl der Abiturienten im Vergleiche mit den Gymnasien eine sehr geringe bleibt, weil die überwiegende Mehrzahl der Schüler, sobald sie die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienste erlangt haben, die Anstalt verläßt, und das Begehren gestellt, daß die Abiturienten der Realschulen erster Ordnung den Gymnasial-Abiturienten für das Studium der Rechte und der Medizin, wie Posen will, oder, wie einige andere bitten, wenigstens der Medizin auf den Universitäten gleichgestellt werden. Die Petitionen gehen von der Auffassung aus, die auch in der Kommission nicht ohne Vertretung blieb, daß beide, das Gymnasium und die Realschule, ein und dasselbe Ziel verfolgen, und daß sie es nur auf theilweise verschiedenen Wegen mittelst theilweise verschiedener Disziplinen verfolgen und daß die neueren Sprachen dieselbe Bildung wie die alten Sprachen sowohl in ethischer, wie in logisch-grammatischer Beziehung zu geben im Stande sind, „und dies um so mehr, als der Gedanken-Inhalt und der durch die Jahrhunderte angewachsene Gedanken-Reichthum, wie er in den Literaturen des französischen und englischen Volkes niedergelegt ist, bei der Jugend einen empfänglicheren Sinn und größeres Verständniß finden“. Der Vertreter der Regierung aber widersprach in der Kommission. Die Berechtigung für die philosophische Fakultät, namentlich Behufs weiterer Vorbildung zum Lehramt für neuere Sprachen, für Mathematik und Naturwissenschaften, würde bei der Regierung auf weniger Bedenken stoßen, als die für die medizinische und vollends die juristische Fakultät. Der vorgeschlagene Ausweg, deshalb den lateinischen Unterricht auf den Realschulen zu erweitern, würde erstlich nicht zum Ziele führen: es sei im Lehrplan der Realschulen kein Raum zu einer Lektionsvermehrung, und es würde damit auch sehr wenig gewonnen, denn es handle sich nicht um die lateinische Sprache, sondern noch mehr um die ganze Behandlung der Geschichte, um die Kenntniß des griechischen und römischen Alterthums und um die klassische Bildung überhaupt. Diese klassische Bildung könne der Jurist nicht entbehren, „zumal in einer Zeit, wo die juristische Bildung die Vorbedingung für die meisten Zweige der öffentlichen höheren Verwaltung geworden ist“. Aber auch für den Mediziner mache der Realismus des medizinischen Studiums das Gegenwicht einer mehr idealen Bildung, zu der auf den Gymnasien der Grund gelegt wird, außerordentlich wünschenswerth; soll „eins von Beiden auf der Universität nachgeholt werden, so kann keine Frage sein, bei welchem von beiden dies leichter ist und eher geschieht“. Die Kommission vereinigte sich schließlich, nachdem ein Antrag auf Tagesordnung zurückgezogen war, zu folgendem einstimmigen Antrage, dem auch der Regierungs-Kommissarius beitrat, — die Petitionen „der Königlichen Staats-Regierung zur Erwägung und als Material zu dem in der Verfassung in Aussicht gestellten Unterrichtsgesetz zu überweisen“.

— Die bekannte Note, welche Graf Usedom am 17. Juni 1866 an den General Lamarmora, damals Mitglied des italienischen Kabinets, richtete, wird von den Wiener offiziösen Korrespondenten in süddeutschen Blättern nach wie vor als Agitations-Mittel gegen Preußen benutzt und in gehässigster Weise ausgebeutet, um Preußen als den Todfeind Oesterreichs auszumalen. Die „N. A. Z.“ erinnert, daß die preußische Regierung, als diese Note bei Gelegenheit der Interpellation des Generals Lamarmora am 21. Juli d. J. von demselben der Oeffentlichkeit übergeben wurde, in der bestimmten Weise erklärte, daß ihr dieses Aktenstück erst nach der Uebergabe bekannt geworden sei, und daß dieselbe in ihrer Fassung einzig dem Grafen Usedom angehöre. Aber noch mehr, die preußische Regierung hielt es auch für eine Pflicht sowohl der internationalen Höflichkeit als auch der Wahrheit, den österreichischen Herrn Reichskanzlers darüber aufzuklären, daß diese Note der Regierung fremd gewesen sei. Diese Erklärung wurde indessen vom Herrn Grafen von Beust in einer den freundlichen Intentionen Preußens wenig entsprechenden Weise nicht nur zurückgewiesen, sondern auch die vertrauliche Erörterung darüber in dem zu Paris erscheinenden „Memorial diplomatique“ vom 3. September d. J. zur Veröffentlichung gebracht. Dieser Vorfall mußte jeder vertraulichen Mittheilung Preußens an das Wiener Kabinet sowohl in dieser wie in anderen Angelegenheiten ein Ende machen und Preußen in seinen Eröffnungen diejenige Vorsicht auferlegen, welche ihm in Folge der österreichischen Indiskretion geboten schien.

Flensburg, 25. Dezember. Bei Gelegenheit der diesjährigen Anwesenheit Sr. Majestät des Königs zu den Herbstmanövern der 18. Division hatten die Einsassen der neun Kreise des Herzogthums Schleswig auf Anregung der beiden ältesten ihrer Landräthe sich vereinigt, um dem heimischen Infanterie-Regiment (Schleswig) Nr. 84 zu seiner ersten Königsparade den Schmuck eines Halbmondes zum Geschenk zu machen. Neuerdings ist den Landräthen der gedachten neun Kreise die Allerhöchste Kabinetsordre zur Kenntniß mitgetheilt, durch welche dem Regiment zur Annahme des Geschenks die Genehmigung ertheilt wurde und deren Wortlaut hier erfolgt:

Auf den Mir gehaltenen Vortrag ertheile Ich dem schleswigschen Infanterie-Regiment Nr. 84 die Genehmigung zur Annahme des demselben von den Einsassen der neun Kreise des Herzogthum Schleswig zum Zwecke der Beschaffung eines Halbmondes offerirten Geschenks von 1000 Thlrn., in welchem Ich mit besonderem Wohlgefallen einen neuen erfreulichen Beweis patriotischer Gesinnung und theilnehmenden Interesses für die militärischen Institutionen des Landes erkenne. Ich will deshalb auch gern gestatten, daß der beschaffte Halbmond mit der Widmung: „Dem schleswigschen Infanterie-Regiment Nr. 84 zur ersten Königsparade am 16. September 1868, gewidmet von den Einsassen der neun Kreise des Herzogthums Schleswig“ — versehen und in dieser Gestalt von dem Regiment in Gebrauch genommen werden darf.

Baden-Baden, 20. Oktober 1868.

Wilhelm.

Ausland.

Paris, 27. Dezember. Eine Frau, die man, dem „Journal des Debats“ zufolge, „ohne Schmeichelei berühmt nennen darf, weil sie in ihren beiden Familiennamen die Erinnerung an die glänzendsten und reinsten Ruhmestage des ersten Kaiserreichs vereinigte“, die Fürstin von Eckmühl und Herzogin von Auerstädt, ist vor einigen Tagen in dem hohen Alter von 87 Jahren mit Tod abgegangen. Sie war die Schwester des Generals Leclerc, des Schwagers des ersten Konsuls, und die Wittwe des Marschalls Davoust. Die Fürstin wurde, unter Betheiligung zahlreicher Leidtragenden, worunter fast sämmtliche in Paris anwesende Marschälle, Generale, Admirale, in der Gruft beigesetzt, in welcher seit 47 Jahren die Gebeine des Siegers von Auerstädt ruhen.

— In Folge der ungewöhnlich milden Witterung, die wir in diesem Winter genießen und welche die Zimmerheizung fast überflüssig macht, hat sich gestern im Jardin de Luxembourg ein Kastanienbaum mit frischem Laub bedeckt; dagegen ist der öffentliche Gesundheitszustand um so schlechter.

— Die vier Staaten Frankreich, Italien, Belgien und die Schweiz, welche das französische Münzenmaß adoptirt haben, beabsichtigen nun auch internationale Briefmarken einzuführen, die in den vier Staaten mit gleichem Werthe zirkuliren würden. Es ist dies eine gute Nachricht für den Handel, indem dadurch die Bezahlung kleiner Apoints wesentlich erleichtert wird.

— Der „Moniteur“ veröffentlicht drei auf die Telegraphie bezügliche Uebereinkommen, welche in der im Juli d. J. in Wien abgehaltenen Konferenz vereinbart worden sind. In dem ersten dieser Uebereinkommen wird der Transitpreis für Telegramme aus oder nach dem Gebiete des norddeutschen Bundes, welche Frankreich passiren, auf 2 Frcs. 50 Cent. herabgesetzt. In dem zweiten wird von den Vertretern Frankreichs, Oesterreichs und Ungarns, Serbiens, der Schweiz und der Türkei die Herstellung eines direkten telegraphischen Dienstes zwischen London, Paris, Wien, Konstantinopel und Indien verabredet. Diese Linie soll von Paris über Basel, Bregenz und Wien gehen; von Wien sollen dann zwei Drähte und zwar der eine über Pesth, Semlin und durch Serbien, der andere über Agram, Gradisca und Serajewo nach Nissa gelegt und von Nissa die Verbindung mit Konstantinopel fortgesetzt werden. Für diese Linie sollen nur in London, Paris, Wien und Konstantinopel Depeschen angenommen werden. In dem dritten Uebereinkommen endlich wird der Preis für Depeschen zwischen England und Oesterreich und zwar von dem Punkte an, wo die Kabel des Kanal La Manche die französische Küste berühren, auf 4 Frcs. festgesetzt, wovon auf Frankreich 1 Frc. 50 Cent., auf die Schweiz oder Italien 50 Cent. und auf Oesterreich und Ungarn 2 Frcs. entfallen.

Turin, 24. Dezember. Die nächtlichen Mordanfälle, Verwundungen und Beraubungen mehren sich in entsetzlicher Weise; das noch vor zehn Jahren wegen seiner exemplarischen Ruhe nahezu als langweilig verschrieene Turin will eine Mördergrube werden, wenn die städtische Bevölkerung sich nicht aufrafft und schnelle umfassende Abhülfe schafft. In der letzten Nacht von Sonntag auf Montag kamen nicht weniger als vier Raub- und Mordanfälle vor und dies zwar im Centrum der Stadt und in den belebtesten Straßen. Der verwegenste hatte an der Kreuzung der Via Nuova und der Via Cavour statt, wo drei Brüder, darunter zwei Artilleriekapitäne, welche in Civil gekleidet und somit ohne jegliche Waffe waren, beim Nachhausegehen vor der Mitternachtsstunde von vier mit Dolchmessern bewaffneten Individuen überfallen wurden. Es muß ein verzweifelter Kampf gewesen sein zwischen diesen drei in der Vollkraft des Mannesalters stehenden und durch die innigste Blutverwandtschaft gegenseitig solidarisch verbundenen Männern und ihren Angreifern. Er endete mit der Flucht der Angreifer, allein zwei der Brüder hatten vielfache und darunter tödtliche Wunden erhalten, denen der eine nach wenigen Minuten erlag. Der dritte der Brüder, Civilist, entkam dem Tode blos, weil er, als von der Reise kommend, Hals, Brust und Rücken mit einem Plaid umwickelt hatte, welcher die Stiche theils auffing, theils abschwächte. Der Fall hat in der gesammten Stadt die größte Bestürzung erregt, um so mehr, als am anderen Morgen kund wurde, daß die Polizei in einer anderen Straße die Leiche eines gleichfalls erstochenen unbekannten jungen Mannes aufgefunden hatte. Das Publikum ergeht sich natürlich in den lautesten Klagen gegen die Nachlässigkeit der Polizei, und zwar nicht mit Unrecht, denn es ist fast unbegreiflich, daß um diese für eine große Stadt noch frühe Stunde solche Blutscenen unweit der Quästur (Polizeidirektion), unweit mehrerer, noch geöffneten Cafés und Bierlokale vorkommen können. Der Munizipalrath Dr. Bruno verlieh denn auch in der gestrigen Munizipalrathssitzung der allgemeinen Entrüstung Ausdruck, und beklagte tief die steigende Unsicherheit des Lebens und des Eigenthums in der Stadt Turin, durch welche diese sonst als so sicher berufene Stadt in den übelsten Ruf gerathen und von Fremden umgangen werden wird. Turin zahlt an die Regierung für die Aufrechthaltung der Ordnung und der Sicherheit in der Stadt und innerhalb des Weichbildes die enorme Summe von 300,000 Frcs., und man sollte glauben, es ließe sich hiermit etwas erzielen. Allein dem ist, wie die Thatsachen belehren, nicht so, und man wäre oft versucht, zu glauben, diese fast plangemäße Vernachlässigung der ehemaligen Hauptstadt, der geschworenen Feindin der Septemberkonvention und der Konsorterie, für eine prämeditirte zu halten. Ein Mitglied des Munizipalraths (Favale) stellte den Antrag: der Regierung für die Handhabung des Sicherheitsdienstes auch nicht einen Centime mehr zu bezahlen, sondern die Sache selbst in die Hände zu nehmen. Bis zur Erledigung dieser dringlichen Angelegenheit beschloß der Munizipalrath, einstweilen die Zahl der Sicherheitsagenten auf eigene Kosten zu vermehren und zu dem nächtlichen Patrouillendienst Nationalgarde-Abtheilungen zur Verfügung zu stellen.

Rom, 25. Dezember. Die hiesige preußische Gesandtschaftskapelle hat, nachdem im vergangenen Winter Ihre Majestät die Königin Augusta dieselbe mit

einem großen Kruzifix von vergoldeter Bronze und zwei Leuchtern von demselben Stoff und die Gemahlin des Herrn Gesandten mit einem gestickten Teppich geschmückt hatten, in den letzt vergangenen Wochen ein neues reiches Geschenk von Seiten Ihrer Majestät der Königin-Wittwe erhalten. Es besteht in einer reich gestickten Altarbekleidung und einem Behang für das Kanzel- und Lesepult von rothem Seidendamast und einer mit dem christlichen Monogramm verzierten weißen Altardecke. Die feinen, in reinem kirchlichen Styl ausgeführten Stickereien sind von Mitgliedern des Paramentenvereins angefertigt. Am ersten Adventssonntage war die Kapelle zum ersten Male mit diesem neuen Schmucke versehen.

Madrid, 28. Dezember. Der Verwaltungsrath der spanischen Bank hat beschlossen, daß die Emission der gestern Abend mit dem Hause Erlanger abgeschlossenen städtischen Anleihe ausnahmweise von der Bank für ganz Spanien übernommen werde.

Pommern.

Stettin, 30. Dezember. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung theilte der Herr Vorsitzende mit: 1) daß der Verwaltungsbericht pro 1868 in der ersten Sitzung des nächsten Jahres erstattet werden würde, 2) daß ihm aus Berlin eine Petition an das Abgeordnetenhaus betreffend „die Rechtsverhältnisse der evangelischen Landeskirche" zugegangen sei, welche er zur beliebigen Vollziehung auslegen werde. — Ein Gesuch des Handelsmannes M. B. Rosenthal, ihm den bisher im städtischen Budenhause für eine jährliche Miethe von 301 Thlr. inne gehabten Laden — für welchen er in dem neuen Verpachtungstermin nur 267 Thlr. geboten hat und der deshalb nochmals zum Ausgebot kommen soll — freihändig für den alten Miethspreis zu überlassen, wurde dem Magistrat zur weiteren Verfügung überwiesen. — Der Magistrat hat die Bewilligung von 70 Thlrn. zur Aufstellung eines eisernen Gitters an der Ostseite der Johanniskirche, um die nach dem Abbruch des alten Kirchenhauses entstandenen Nischen gegen Verunreinigung zu schützen, beantragt. Herr Dr. Sievert wünscht die Herstellung einer solchen Bewährung auch an der Westseite. Die Versammlung, welche in der Aufstellung eines Gitters indessen eine Beeinträchtigung des dortigen freien Verkehrs erblickt, lehnte beide Anträge nach kurzer Debatte ab. — Den bisherigen Miethern der Böden im ehemaligen Theerschuppen des Rathsholzhofes, Korbmacher Kube und Krüger, wurde für das im neuen Verpachtungstermine abgegebene Gebot von je 70 Thlr. pro anno für 2 Böden, auf 3 Jahre der Zuschlag ertheilt. — Dem bisherigen Mitgliede der Versammlung, Herrn Rechnungs-Rath Steinicke, ist auf Grund des Ministerial-Erlasses, nach welchem Beamte zur Uebernahme von Nebenämtern der Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde bedürfen, durch Verfügung seines Chefs, des Herrn Appellationsgerichts-Präsidenten Korb, bereits im Oktober cr. eröffnet worden, daß ihm im Falle einer Wiederwahl die Uebernahme des Amtes fernerhin nicht gestattet werden könne, da er durch dasselbe allzusehr seinen eigentlichen Geschäften entzogen werde. Gestützt hierauf und auf die Thatsache, daß Herrn Steinicke's Wirksamkeit als Stadtverordneter eine nahezu unersetzliche, ist von mehreren Mitgliedern der Versammlung der dringliche Antrag eingebracht: durch das Bureau der letzteren bei dem Herrn Chefpräsidenten die Genehmigung zum Verbleiben des wiedergewählten Herrn St. in der Versammlung zu erbitten. Diesem Antrage trat die Versammlung mit der Maßgabe einstimmig bei, daß sich auch die Stellvertreter des Vorstehers und Schriftführers der Deputation anschließen sollen. — Die Versammlung erklärte sich mit der pfandfreien Abschreibung einer zum Hause Rosengarten Nr. 34 gehörigen, 3 Morgen großen Wiese, welche der Besitzer zu verkaufen beabsichtigt, einverstanden, da das Grundstück auch nach dieser Abschreibung für die zur 1. Stelle für das Johanniskloster darauf eingetragenen 3000 Thlr. noch hinreichende Sicherheit gewährt. — Zur Aufstellung von zwei Petroleumlaternen in der Pölitzerstraße wurden 30 Thlr. (außerdem 22 Thlr. jährliche Unterhaltungskosten), von sechs Gaslaternen am neuen Bohlwerk an der Silberwiese 600 Thlr., und an Diäten für einen zweiten Stadtbaumeister pro 1869 täglich 2 Thlr. bewilligt. — In den Sitzungen vom 20. Februar und 3. März cr. war von der Versammlung zur Herstellung einer den heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechenden Verbreiterung der Parnitzthorpassage und einer Brücke mit 2 Portalen dem Civilfiskus ein Beitrag von 5000 Thlr. offerirt, welcher Beitrag indessen durch Reskript des Herrn Handelsministers an die Königliche Regierung, als ungenügend bezeichnet und ein Beitrag von 8000 Thlr., außerdem auch die Herstellung eines zweiten Zufuhrweges nach dem Centralgüterbahnhofe Seitens der Stadt, gefordert wurde. Die Gewährung dieser erhöhten Beitragssumme lehnte die Versammlung unterm 12. v. Mts. ab. Mittelst Reskripts vom 4. Dezember hat nun die Königliche Regierung den Magistrat aufgefordert, eine Abschrift desjenigen Beschlusses der Stadtverordneten einzureichen, durch welchen dieselbe sich mit Zahlung der 5000 Thlr. einverstanden erklärt; der Magistrat ist zwar der Ansicht, daß die städtischen Behörden noch an die Offerte der 5000 Thlr. gebunden sind, wünscht indessen, daß die Versammlung ihr Einverständniß mit dieser Ansicht noch ausdrücklich erkläre. Die Finanz-Kommission ist bei der Prüfung der Vorlage einstimmig zu dem Resultat gelangt, daß die Versammlung an ihre frühere Offerte nicht mehr gebunden sei, empfiehlt aber mit 6 gegen 4 Stimmen die Neubewilligung der 5000 Thlr. aus allgemeinen Verkehrsrücksichten. Die Herren Dr. Zachariae und Dr. Amelung vertheidigten Namens der Minorität der Kommission vom juristischen Standpunkte aus die Ablehnung des Majoritätsantrages, indem sie hervorhoben, daß dem Civilfiskus auf Grund des mit der Stadt geschlossenen Rezesses über die Unterhaltung des Dammschen Weges die unzweifelhafte Verpflichtung obliege, die betreffende Passage den Verkehrsverhältnissen entsprechend zu unterhalten. Die Stadt habe durch Ablehnung der erhöheten Forderung von 8000 Thlr. schon die mehr geforderten 3000 Thlr. gespart und die heute bei einer anderen Gelegenheit bereits betonte Würde der Versammlung erheische es unbedingt, daß die Versammlung auf den Rechtsstandpunkt beharre. Letztere habe so wenig eine Veranlassung als die Befugniß, die Bewilligung auszusprechen. Die Regierung versuche nur, für den Fiskus so viel als möglich herauszuschlagen, werde sich aber schließlich bequemen müssen, aus eigenen Mitteln zu bauen, wenn die städtischen Behörden erst bestimmt erklärten, überhaupt nichts hergeben zu wollen. Deshalb möge man sich durch Drohungen nicht einschüchtern lassen und jeden Beitrag ablehnen. Herr Stadtbaurath Hobrecht verkennt nicht die unzweifelhafte Verpflichtung des Fiskus zur Herstellung der nothwendigen Verbesserung der Passage, will auch zugeben, daß die frühere Offerte der 5000 Thlr. heute nicht mehr rechtsverbindlich sei, bemerkt indessen, daß die Regierung auch niemals Gegnerin der Stadt gewesen, sondern einfach vom Minister mit dem von letzterer offerirten Beitrag zurückgewiesen sei. Die Regierung habe auch jetzt noch die Absicht, im Interesse der Stadt gegen die ministerielle Forderung der 8000 Thaler vorstellig zu werden, wünsche aber doch, dem Herrn Minister gleichzeitig die Bereitwilligkeit der Stadt zur Hergabe des Beitrages von 5000 Thaler nachweisen zu können. Einer früher so klar und bündig abgegebenen Zusicherung könne man sich jetzt um so weniger ohne Weiteres entziehen, als wie die desfallsigen Verhandlungen noch gar nicht geschlossen seien. Ebensowenig könne er in der Verfügung des Ministers eine Drohung erblicken, denn die Forderung der Herstellung eines zweiten Zufuhrweges zum Centralgüterbahnhofe stehe mit derjenigen der 8000 Thaler in gar keinem Connex. Herr Haker erklärt sich für, Herr Tiessen gegen die Bewilligung der 5000 Thlr., letzterer aus dem Grunde, weil die Versammlung gar keine Garantie für die Annahme der Offerte habe, wobei er gleichzeitig einzelne Anführungen des Herrn Stadtbaurathes zu wiederlegen versucht. Herr Grawitz ist ebenfalls gegen die Bewilligung, da die Stadt ungeachtet der Hergabe der 5000 Thlr., jedenfalls binnen Kurzem doch zur Anlage eines zweiten Zufuhrweges angehalten werden würde. Nachdem noch Herr Leo Wolff sich für die Bewilligung ausgesprochen und Herr Reimarus den bereits in unserm heutigen Morgenblatte erwähnten Zusatzantrag gestellt, wurden beide Anträge der Finanz-Kommission mit jenem Zusatzantrage angenommen, die 5000 Thlr. also neuerdings bewilligt. — Mit den Vorlagen des Magistrats bezüglich: 1) der provisorischen Organisation der Steuererhebung, 2) der Grundzüge der Geschäftsverwaltung in der Kämmereikasse und 3) der Regelung der Besoldung der bisherigen Nachtwachtmeister und eines anzustellenden Oberfeuermanns und Nachtwachtmeisters — welche Vorlagen keine neuen Geldbewilligungen im Gefolge haben und ohne besonderes Interesse sind — erklärte sich die Versammlung einverstanden. — Eine Beschwerde des Tabagisten Lohf zu Pommerensdorfer Anlagen wegen Erschwerung der Zufuhr zu seiner Scheune durch Umzäunung einer früher von ihm pachtweise besessenen Parzelle, welche jetzt zur Gasanstalt eingezogen ist, wird dem Magistrat zur abschlägigen Bescheidung überwiesen. — Dem Kahnbauer Gronau, welcher für eine Parzelle von 3 Morgen, oberhalb der Gasanstalt, jährlich 75 Thlr. Pacht geboten hat, wird auf sechs Jahre der Zuschlag ertheilt. — Die in der letzten Sitzung ernannte Kommission hat das Gesuch des Herrn Schultz auf der Unterwiek wegen Erweiterung seiner Badeanstalt an Ort und Stelle geprüft und befürwortet die Genehmigung mit geringer Modifikation. Die Versammlung stimmt dem Vorschlage zu. — Vor Schluß der Sitzung gab der Herr Vorsitzende noch eine kurze Uebersicht über die Thätigkeit der Versammlung im gegenwärtigen Jahre. Danach hat dieselbe in 29 öffentlichen und 26 geheimen Sitzungen 282 Vorlagen berathen und erledigt. Hinsichtlich dreier aus eigener Initiative der Versammlung hervorgegangener Beschlüsse: Errichtung von Wasserstöcken in den Schlachthäusern, Beseitigung der Militär-Privets am Paradeplatz und Errichtung einer öffentlichen Badeanstalt für's weibliche Geschlecht, fehlt noch die Entscheidung des Magistrats. Mit einem Dank an die ausscheidenden Kollegen für ihre treue Mitwirkung an den Arbeiten der Versammlung wünschte Redner sämmtlichen Mitgliedern ein reich gesegnetes Jahr des Friedens und der Freude. Herr Dr. Amelung dankte dem Vorsteher Namens der Versammlung für seine unausgesetzte aufopferungsvolle Thätigkeit und erhoben sich alle Anwesenden zum Zeichen der Beistimmung von ihren Sitzen.

— Die Bauten auf dem Centralgüterbahnhofe werden mit großer Emsigkeit gefördert, so daß binnen Kurzem die Vollendung derselben erwartet werden kann. Das Terrain ist bereits so bebaut, resp. noch zu so vielen Bauten bestimmt, daß es thatsächlich etwas knapp zu werden anfängt, da namentlich die wegen des bedeutenden Güterwagenverkehrs zum Rangiren der Züge und zum Aufstellen der Wagenparks nöthigen Schienengeleise einen großen Raum — fast die Hälfte des ganzen Terrains — beanspruchen. Im Laufe der letzten Zeit sind zwei neue Güterschuppen (Nr. 5 und 6), ein Steuer-Revisionsschuppen für den Land- und ein an der Ufermauer belegener für den Seeverkehr erbaut. Mehrere Krähne sind bereits aufgestellt worden und sollen noch andere unverzüglich, u. A. ein durch Menschenkräfte, nicht wie wir bereits berichtet, durch Dampf betriebener Krahn von 1000 Ctr. Tragfähigkeit und ein mit Dampf betriebener zum schnellen Entlöschen vor dem Steuer-Revisionsschuppen errichtet werden, ferner sind ein Lokomotivschuppen, ein Petroleum-Perron, ein Chemikalienschuppen, sowie mehrere Rampen aufgestellt worden.

— Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht, den Militär-Intendantur-Assessor Dingler vom 2. Armeekorps zum Militär-Intendantur-Rath zu ernennen, und den Intendantur-Sekretär Koßmaly von demselben Armeekorps den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

— Der „Staats-Anz." enthält das Gesetz vom 28. Dezember, nach welchem Antheile, welche nach den bestehenden Vorschriften für die Entdeckung, Feststellung oder Anzeige von Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen an den in Folge dessen verhängten Geldstrafen oder dem Werthe konfiszirter Gegenstände gewährt werden, vom Jahre 1869 ab fortfallen.

— Das Bundesgesetz über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes ist nun erschienen; es trägt das Datum vom 25. Juni 1868 und ist von Sr. Maj. dem Könige, als Bundespräsidenten, in Mainz zur Zeit vollzogen worden. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Anordnungen erfolgen durch besondere Verordnungen des Bundespräsidiums.

— Der zweite Kongreß norddeutscher Landwirthe wird, wie jetzt definitiv bestimmt ist, während der Zeit vom 8. bis 13. Febr. k. J. in den Räumen des englischen Hauses in Berlin tagen.

— Mit Ende dieses Jahres treten die nachfolgenden Frankenmünzen außer Cours: 1) schweizer Zwei-, Ein- und Halbfrankenstücke mit der Jahreszahl 1850 oder 1851; 2) französische Zwei- und Einfrankenstücke, welche eine frühere als die Jahreszahl 1866, und 50- und 20-Centimesstücke, welche eine frühere als die Jahreszahl 1864 tragen; 3) italienische: alle unter dem Fünffrankenstücke, welche eine frühere als die Jahreszahl 1863 tragen; 4) belgische: alle unter dem Fünffrankenstücke mit dem Bildnisse des Königs Leopold I.

— Heute Vormittag ward ein Mädchen, welches mit einem Marktkorbe hinter ihrer Frau herging und die Häuser besah, statt auf den Weg zu achten, von einem Brauerwagen übergefahren. Die Gabel der Deichsel warf das Mädchen hin, das Pferd strauchelte an den Röcken und trundelte das Mädchen ein paar Mal herum, trat dann aber mit den Vorderfüßen über das Mädchen fort und parirte den Wagen so, daß das Mädchen Zeit behielt unter dem Pferde hervorzukriechen. Es war durchaus unverletzt und diesmal mit dem Schrecken davon gekommen.

Vermischtes.

Berlin. Die „V. Z." berichtet folgende seltsame Geschichte. Am Mittwoch Abend kam ein Hausdiener des Fabrikanten Treue, Leipzigerstraße 34, auf dem Hausboden zufällig in der Nähe eines Bodenverschlags, der seit langer Zeit nicht benutzt und darum von Niemand betreten worden war. Ein ekelhafter Geruch, der sich von dort verbreitete, veranlaßte ihn, näher zu treten, worauf sich ihm ein seltsamer Anblick darbot. In einem Winkel lagen, dicht zusammengedrängt und wie ein unentwirrbarer Knäul anzusehen, mitten im tiefsten Schmutz und zwischen abgenagten Knochen und sonstigen Speiseabgängen, vier halbnackte Gestalten. Ans Licht gezogen, sah man vier Burschen vor sich, im Alter von 9 bis 16 Jahren, vollständig verwahrloste, elende Geschöpfe, deren Blößen durch die Fetzen, welche sie sich um den Leib geschlungen hatten, kaum bedeckt waren. Der herbeigerufene Schutzmann konnte aus ihnen nur so viel herausbringen, daß ihnen der Bodenverschlag schon seit langer Zeit zum Aufenthalt gedient hatte; im Sommer hatten sie in einer mit Laub angefüllten Erdvertiefung im Thiergarten genächtigt. Ueber ihre Angehörigen vermochten sie keine Auskunft zu geben, oder sie wollten sie nicht geben. Aus Furcht vor Entdeckung hatten sie ihren jetzigen Aufenthaltsort, der in jeder Beziehung ein schrecklicher war, stets erst nach eingebrochener Dunkelheit verlassen, um sich auf den Straßen ihre Nahrung zu suchen, und sich dann vor Verschluß des Hauses wieder in ihr Versteck zurückgeschlichen. Die Unglücklichen wurden zum Polizeigewahrsam eingeliefert.

Dresden. Die „Dresd. Nachr." berichten von hier unterm 25. Dezember: „In der Wilsdruffer Vorstadt hat sich gestern ein beklagenswerther Unfall ereignet. Es hat sich nämlich eine daselbst wohnhafte Ehefrau mittelst Opium vergiftet. So delikat auch die Motive der unseligen That sein dürften, immerhin verdient die Verstorbene das Mitleid; sie starb in dem Alter von noch nicht 30 Jahren und bot im Leben, dem sie auch früher als Bühnenkünstlerin angehörte, ein Bild der Freude und Gesundheit." Unterm 27. Dezember berichten die „Dresd. Nachr." weiter Folgendes: „Der Selbstmord der unglücklichen jungen Frau hat leider einen zweiten Selbstmord, den ihres Gatten, nach sich gezogen. Derselbe hat sich ebenfalls mittelst Opium vergiftet. Die That ist am ersten Feiertage geschehen. Während man ihn am Vormittage noch auf der Straße gesehen haben will, wurde er Nachmittags in seinem Logis auf der kleinen Packhofstraße in fast leblosem Zustande angetroffen. Die angewendete ärztliche Hülfe zu seiner Wiederbelebung erwies sich Anfangs zwar nicht ohne Erfolg, so daß er lebend in das Krankenhaus gebracht werden konnte, dort aber ist über Nacht der Tod eingetreten."

Paris. Es giebt Leute, welche unter den schrecklichsten Umständen noch Pedanten bleiben. Vor einigen Tagen erhängte sich ein Tapezierer aus der Rue de Grenelle in seinem Keller. Bevor er sich den Strick um den Hals legte, hatte er die Vorsicht so weit getrieben, daß er einen Brief an den Polizeikommissär seines Viertels schrieb, worin er die Gründe auseinandersetzte, welche ihm zu seinem Selbstmorde bewogen. Diesen Brief befestigte er vermittelst einer Nadel an seiner Hose, damit er gleich in die Augen falle und erhängte sich dann.

Telegr. Depeschen der Stett. Zeitung.

Konstantinopel, 29. Dezember. Nachrichten aus Kreta melden, daß Petropulaki mit 900 griechischen Freiwilligen sich ergab. Die türkische Armee in Thessalien soll in Kurzem bis auf 50,000 Mann gebracht werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. Dezember. Witterung: trübe. Wind SW. Temperatur + 6° R.

An der Börse.

Weizen unverändert, pr. 2125 Pfd. gelber inländ. 67—69 Rt., feinster 69½ Rt., bunter 66—67½ Rt., weißer 68—71 Rt., ungar. 58—62½ Rt., Dez. 69 Rt. nom., Frühjahr 69½ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 70 Rt. Br.

Roggen loco u. nahe Termine höher, spätere unverändert, per 2000 Pfd. 50½ bis 51 Rt., feiner 51¼ bis 51¾ Rt. bez., Dezember 51½, ¾ Rt. bez., Dezbr.-Januar 51 Rt. Gd., Frühj. 52, 51⅝, 51¾ Rt. bez., 52 Br., Mai-Juni 52¼ Rt. bez.

Gerste etwas matter, pr. 1750 Pfd. loco ungar. ger. Futter- 41½—43 Rt., mittlere 45—46, feinster 47 bis 48½ Rt.

Hafer ohne Umsatz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco 56—57¾ Rt.

Rüböl unverändert, loco 9¼ Rt. Br., Januar-Februar 9⅙ Rt. bez. u. Br., April-Mai 9 7/12 Rt. Br., ½ Gd., Sept.-Okt. 9⅚ Rt. bez. u. Br.

Spiritus matter, loco ohne Faß 15 5/24, ⅙ Rt. bez., pr. Dezbr. u. Dezember-Januar 15 1/12 Rt. Br., Jan.-Februar 15 11/24 Rt. bez., Frühjahr 15⅝, 7/12 bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 69, Roggen 51⅜, Rüböl 9⅙, Spiritus 15 1/12.

Landmarkt.

Weizen 60—71 Rt., Roggen 52—56 Rt., Gerste 44—49 Rt., Hafer 32—36 Rt., Erbsen 56—58 Rt., Heu 12½—15 Sgr. pr. Ctr., Stroh 7—9 Rt.

Berlin, 30. Dezember. Staatsschuldscheine 80¾. Staats-Anleihe 4½ % 93⅝. Pomm Pfandbriefe 82½. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 129 Meckleub. Eisenbahn-Aktien 72½. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 193⅝. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 94. Oesterr. National-Anleihe 54. Oesterreichische Banknoten 84⅝. Russische Noten 83. Amerikaner 6% 79¼. Hamburg 2 Mt. —. London 3 Mt. —. Paris 2 Mt. —. Wien 2 Mt. 84. Petersburg 3 W. 91⅝. Cosel-Oderberger 112⅞. Lombarden 114¾.

Weizen still, per Dezbr. 63, April-Mai 63¼. Roggen fester, per Dezember 51⅜, ¾, Dezbr.-Januar 51⅜, ¾, April-Mai 51¾, ⅞. Rüböl still, loco 9½, per Dezember 9 5/12, ⅜, per April-Mai 9¾. Spiritus fest, loco 15¼, pr. Dezbr. 15 7/24, ⅜, Januar-Febr. 15 7/24, ⅜, April-Mai 15⅞, 23/24. Hafer per Frühjahr 32.

Stettin, den 39. December.

Hamburg	6 Tag.	150¾ bz
„	2 Mt.	149⅞ B
Amsterdam	8 Tag.	141⅞ bz
„	2 Mt.	141⅛ bz
London	10 Tag.	6 24⅞ bz
„	3 Mt.	6 22⅞ B
Paris	10 Tg.	81 bz
„	2 Mt.	80⅔ B
Bremen	3 Mt.	110⅛ B
St. Petersbg.	3 Wch.	91⅝ B
Wien	8 Tag.	84⅝ bz
„	2 Mt.	83⅞ bz
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %
Sts.-Anl.5457	4½	93¾ B
„ „	5	102½ B
St.-Schldsch.	3½	80¼ bz
P. Präm.-Anl.	3½	118½ B
Pomm. Pfdbr.	3½	75 bz
„ „	4	83 bz
„ Rentenb.	/	89¾ B
Ritt. P.P.B.A.	4	86½ B
Berl.-St. E. A.	4	129 B
„ Prior.	4	81½ G
„ „	4½	92¼ G
Starg.-P. E. A.	4½	94 bz
„ Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92½ B
St. Börsenhaus-O.	4	110 G
St. Schauspielh.-O.	5	100 B
Pom. Chausseeb.-O.	5	101 bz
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	114¾ bz
Pr. See-Assecuranz	4	100 bz
Pomerania	4	118 G
Union	4	108 G
St. Speicher-A.	5	100 bz
Ver.-Speicher-A.	5	100 bz
Pom. Prov.-Zuckers.	5	1000 G
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower	4	—
Walzmühle	5	200 G
St. Portl.-Cementf.	4	200 G
St. Dampfschlepp G.	5	100 B
St. Dampfschiff-V.	5	100 B
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		101 B
Vulkan		130 G
St. Dampfmühle	4	110 B
Pommerensd. Ch. F.	4	200 G
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	